

Onlinequelle: Demokratiezentrum. Wien - [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org)

Printquelle: in: Schaurhofer, M. u.a. (Hg.): Räume der Civil Society in Österreich, Wien 2000, S.17-28

Warnfried Dettling

## **Soziale Räume erweitern! – Was kann, was soll die Bürgergesellschaft leisten?**

Die Bürgergesellschaft hat Karriere gemacht. Jedenfalls als Begriff und als Idee. Viele verstehen vieles darunter. Das ist nicht weiter verwunderlich. Das war und ist auch bei anderen zentralen politischen Begriffen so, bei der Demokratie, dem Sozialstaat und der sozialen Marktwirtschaft. Dennoch ist es nützlich zu wissen, was man meint, wenn man Bürgergesellschaft sagt. Ich schlage vor, diesen Begriff in einem doppelten Sinne zu verstehen, ihn also gleichsam auf zwei verschiedenen Ebenen anzusiedeln.

„Bürgergesellschaft“ meint einmal das Ganze, und sie meint zum anderen einen Teil (civil society). Die Unterscheidung soll helfen, das große Ganze nicht aus dem Blick zu verlieren, aber auch, den Teil, zum Beispiel das Ehrenamt oder die Vereine, nicht mit dem Ganzen der Bürgergesellschaft zu verwechseln.

### **Leitbild für eine gute Gesellschaft**

Bürgergesellschaft kann man verstehen als ein Leitbild für jene Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die etwas vom Bürger erwartet, in der nicht nur „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“, um dann, wie Zyniker ergänzen, nie wieder zurückzukommen, in der vielmehr auch möglichst viel Selbstorganisation bei der Gesellschaft verbleibt. Der Idee der Bürgergesellschaft liegt also ein Verständnis von bürgerschaftlichen Aktivitäten zu Grunde, das sich nicht nur auf die Teilnahme bei Wahlen beschränkt. Gegen dieses Verständnis von Demokratie – als eine (legitime) Form politischer Herrschaft und als eine Form gesellschaftlicher Selbstorganisation – wird oft eingewandt: Der (demokratische) Staat sei ja nichts anderes als eine Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Das ist sicher richtig. Aber richtig ist doch wohl auch: Der Staat ist nur eine Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Kirchen lassen sich verstehen als eine Form der religiösen Selbstorganisation der Gesellschaft. Märkte lassen sich verstehen als eine Form der wirtschaftlichen Selbstorganisation der Gesellschaft. Gewerkschaften lassen sich verstehen als eine Form der Selbstorganisation der Arbeitnehmer. Aristoteles hat in seiner „Politik“ wohl als einer der ersten darauf hingewiesen: Lange vor allen politischen Formen der Selbstorganisation gibt es andere, und je mehr es davon gibt und je tragfähiger diese Formen sind, um so besser für eine zivile, im anspruchsvollen Sinne „bürgerliche Gesellschaft“.

## **Die sozialen Räume jenseits von Markt und Staat erweitern!**

Die eine Dimension der Bürgergesellschaft meint also das Große und Ganze, die andere Dimension meint nicht das Kleine, sondern das Besondere, nämlich einen Teilbereich der Gesellschaft und der menschlichen Aktivitäten: all jene sozialen Räume, in denen Menschen freiwillig, aber nicht privat, öffentlich, aber nicht unter staatlicher Regie tätig sind, also Vereine, Initiativen, Ehrenamt und noch vieles mehr. Die Verlegenheit, all diese Räume und Aktivitäten auf den, auf einen Begriff zu bringen, kann erklären helfen, warum diese Räume und Aktivitäten in erfolgreichen Wirtschafts- und Staatsgesellschaften bisher eher ein Schattendasein führen. Man spricht von den Räumen jenseits von Staat und Markt oder jenseits von Markt und Macht. Oder man spricht vom Dritten Sektor und meint damit nicht den tertiären Sektor der Dienstleistungen (neben Landwirtschaft und Industrie), sondern alles, was weder Staat (Öffentlicher Dienst) noch Privatwirtschaft ist. Oder man stellt die Motivationen, oder die jeweiligen Logiken in den Vordergrund, die in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft dominieren. Während in der privaten Wirtschaft die For-Profit-Logik vorherrscht und im Staate die Hierarchie- und Bürokratielogik, sollen sich in den sozialen Räumen der *civil society* eher ideelle Motive und gemeinsames Engagement entfalten können, auf die wiederum die Bürgergesellschaft angewiesen ist.

## **Bürgergesellschaft: Eine Idee ohne Theorie?**

Wie dem auch immer sei: Das Fehlen eines eingängigen und einfachen Begriffes für die „Bürgergesellschaft mit kleinem ,B““ verweist auf einen entscheidenden Sachverhalt: Während es allgemeine Staatslehren und Theorien der Demokratie gibt, die relativ präzise und verbindlich sagen können, was man bei einer demokratischen Ordnung des Staates beachten muss, während die (neo)klassische ökonomische Theorie und die neue politische Ökonomie angeben können, was man eher tun und lassen sollte, um eine möglichst erfolgreiche Wirtschaft zu haben, fehlt etwas Vergleichbares für das Thema, das hier zur Debatte steht. Es gibt eine Ordnungstheorie und -politik des Staates. Es gibt eine Ordnungstheorie und -politik der Wirtschaft. Eine beiden vergleichbare soziale Ordnungstheorie und -politik steht allenfalls in den Anfängen. Die Soziallehren bestehen in aller Regel aus einem System normativer Sätze, die oft nur eine lockere Anbindung an die Wirklichkeit haben und Sachverhalte, Zusammenhänge und ungewollte Nebenwirkungen oft einfach ausblenden.

## **Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: eine neue Balance und Synergie?**

Die Stärke der Theorie und der praktische Erfolg der Systeme Staat und Markt sind sicherlich entscheidende Ursachen dafür, dass sich diese beiden Teilordnungen der gesamten Gesellschaft bemächtigt haben. Ein anderer Grund ist wohl, dass im Kalten Krieg (Wettbewerb der Systeme) ein solches Welt-Bild, das nur Staat und Markt, aber keine Bürgergesellschaft kennt, nach außen und nach innen recht plausibel war. Die alten sozialen Traditionen und sozialmoralischen Milieus (Kirchen, Arbeiterbewegung, Bürgertum) waren

lange noch intakt, und so konnte kaum ein öffentliches Bewusstsein aufkommen für den elementaren Sachverhalt: Gesellschaft ist mehr und etwas anderes als Staat, und Gesellschaft ist mehr und etwas anderes als die Ökonomie, und doch braucht die Bürgergesellschaft beide: einen handlungsfähigen Staat und eine leistungsfähige Wirtschaft. Die Idee der Bürgergesellschaft steht gegen den Etatismus der einen wie gegen den Ökonomismus der anderen, aber nicht in Konfrontation oder als Antithese, sondern als Versuch, eine neue Balance und Synergie herzustellen, welche die Teilordnungen in ihren Potenzialen stärkt und zur Entfaltung bringt, ohne ihre Grenzen zu missachten. Dem Staat stehen nur begrenzte Mittel und Wege (im Wesentlichen Geld und Recht) zur Verfügung, um seine Ziele zu erreichen. Es könnte aber sein, dass in Zukunft Bedürfnisse und Probleme wachsen, die auf diese Weise nicht befriedigend erreicht werden können. Auf ökonomischen Märkten hat nur das einen Wert, was einen Preis hat, was in monetären Einheiten verrechnet werden kann. Es könnte aber sein, dass in einer Zukunft, in der die „sozialnatürlichen“ Traditionen nicht mehr so weit tragen, wieder Dinge wichtig und wertvoll werden, die man auf dem Markt nicht kaufen und vom Staat nicht haben kann.

### **Das Menschenbild der Bürgergesellschaft**

Ein solches Leitbild für Staat und Gesellschaft ist nicht selbstverständlich. Es ist sehr voraussetzungsgebunden und in Geschichte und Gegenwart eher die Ausnahme als die Regel. Diesem Leitbild liegt nämlich ein ganz bestimmtes Bild vom Menschen zu Grunde. Es begreift den Menschen, jeden einzelnen, als selbstständiges, einzigartiges und gemeinschaftsbezogenes Wesen. Man kann dieses Menschenbild christlich begründen und darauf hinweisen, dass jeder Mensch eine unsterbliche Seele hat. Man kann dieses Menschenbild auch von der klassischen Politik her begründen und mit Aristoteles sagen: Der Mensch unterscheidet sich von allen anderen Lebewesen vor allem durch zwei Merkmale: er ist auf Gemeinschaft hin angelegt (*zoon politikon*), und er ist ein vernunftbegabtes Lebewesen (*zoon logon echon*). Dank seiner Vernunft kann er gut und böse, gerecht und ungerecht, wahr und falsch unterscheiden. Diese beiden Qualifikationen, Vernunft und Gemeinschaftlichkeit, befähigen ihn, nach dem guten Leben und nach der guten Gesellschaft zu fragen.

### **Kritik und Alternativen zu der Bürgergesellschaft**

Eine solche Sicht der gesellschaftlichen Dinge ist nicht selbstverständlich. Die Alternativen aus Geschichte und Gegenwart sind bekannt. Da ist einmal die benevolente, also wohlwollende und gutmütige Diktatur. Warum, so könnte man mit Plato fragen, sollte man die öffentlichen Dinge nicht weisen, guten und selbstlosen Herrschern anvertrauen, also die Philosophen zu Königen machen oder umgekehrt? Eine andere Alternative ist aus der neueren Zeit eher bekannt: der fürsorgliche, wiewohl demokratisch legitimierte Sozialstaat. Andere setzen all ihre Hoffnung auf einen idealen Markt, der alle aufs beste versorge, wenn man ihn nur lasse. Und schließlich gibt es viele, die darauf hoffen, dass den biblischen „Lilien auf dem Felde“ gleich wie von selbst Philanthropie, Ehrenamt, Familie immer wieder wachsen und

sich erneuern werden, ohne dass man dafür zuallererst gedeihliche Bedingungen schaffen müsste.

Natürlich lassen sich diese Alternativen zur Bürgergesellschaft bestimmten politischen (nicht: parteipolitischen) Positionen zuordnen. Sie entsprechen in etwa jenen Positionen und Milieus, aus denen mehr oder weniger deutlich Kritik an der Bürgergesellschaft vorgetragen wird. Anhänger von Old Labour, also die traditionelle Sozialdemokratie, befürchten hinter der Bürgergesellschaft den Abbau des Sozialstaates und lehnen sie deshalb ab, während Vertreter von New Labour, auch und gerade in deutschen Kanzlerämtern, Staatskanzleien und Ministerien, diese Idee oft ausdrücklich unterstützen und darin auch einen Beitrag zur Modernisierung der Gesellschaft sehen. Teile der Wirtschaft und der Arbeitgeberverbände lehnen die Bürgergesellschaft ab, weil sie sich sorgen um zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Hände und weil sie dahinter eine Kritik an der marktwirtschaftlichen Ordnung, zugespitzt gesagt: an der Omnikompetenz des Marktes, wittern. Auch viele Anhänger des klassischen Ehrenamtes, vom kirchlichen Milieu bis hin zu den Sportvereinen, stehen der Bürgergesellschaft reserviert gegenüber, weil sie einmal und zu Recht den Wettbewerb um begrenzte öffentliche Mittel fürchten und zum anderen die „modernen“ Formen des Engagements, das ja nicht alleine aus selbstlosen Motiven erfolgen muss, sondern durchaus auch aus eigensinnigen Motiven heraus erfolgen kann, als moralisch minderwertig relativieren. Schließlich werden gelegentlich auch konservative Vorbehalte gegen die Bürgergesellschaft formuliert, die in ihr einen Verlust an Staatlichkeit und Schritte in eine Vergesellschaftung des Staates erblicken.

### **Was die Bürgergesellschaft nicht leisten kann**

So wie es Grenzen des Staates und Grenzen des Marktes gibt, so gibt es auch Grenzen der Bürgergesellschaft. Sie ist kein Ersatz für den Sozialstaat. Sie kann, ja sie muss zum einen den Sozialstaat ergänzen, und es lassen sich zum anderen aus dem normativen Konzept der Bürgergesellschaft Leitlinien für eine Reform des Sozialstaates ableiten: Wie muss er sich verändern, damit er zur Aktivierung der Menschen beiträgt und nicht gegen seine Absicht in eine Kultur der Abhängigkeit führt? Weder die Renten- noch die Krankenversicherung lassen sich bürgergesellschaftlich organisieren. Aber die Frage der finanziellen Sicherheit ist ja nur ein Aspekt einer umfassend verstandenen sozialen Sicherheit und Integration im Alter. Wie es Menschen im Alter geht, ob sie ausgegrenzt werden oder nicht, hängt nicht alleine von staatlichen oder privatwirtschaftlichen Maßnahmen oder Einrichtungen ab. Ein anderes Beispiel: In einem gleichen Zugang zu Gesundheitsgütern kann man einen Ausdruck der gesellschaftlichen Solidarität sehen. Aber ohne aktive Mitwirkung der Patienten, ohne mehr Eigenverantwortung für die Gesundheit, ohne Öffnung der Kassen für soziale Netzwerke, Selbsthilfegruppen und Initiativen dürfte das Ziel, die Gesundheit der Menschen zu verbessern, nicht erreicht werden.

Die Bürgergesellschaft ist, zweitens, keine Zauberformel, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und wieder Vollbeschäftigung zu schaffen. Alle empirischen Untersuchungen bestätigen: Menschen, die bereits ganz gut in die Gesellschaft integriert sind, sei es über

Erwerbsarbeit und/oder über die Familie, sind auch in höherem Maße zu Freiwilligem sozialen Engagement zu bewegen als andere. Aber wenn und soweit es gelingt, darüber hinaus Menschen an sinnvolle Aufgaben heranzuführen, verbessert sich auch ihre Chance, wieder in den so genannten ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Und die Bürgergesellschaft ist schließlich, jedenfalls kurz- und mittelfristig, kein Mittel und Weg, um die öffentlichen Kassen zu entlasten. Der Grund dafür ist einfach: So wie eine wirtschaftliche produktive Gesellschaft eine wirtschaftliche Infrastruktur (Straßen, Schienen, etc.) braucht, die selbst wiederum nicht privatwirtschaftlich, sondern als öffentliche Aufgabe erstellt und bezahlt wird, so braucht auch eine sozial produktive Gesellschaft eine soziale Infrastruktur, die nicht durch das spontane Wirken einzelner Individuen, sondern nur als gemeinsames Werk, als öffentliche Aufgabe erstellt werden kann. Das kostet zunächst einmal Geld, auch wenn dadurch später Mittel eingespart werden können.

### **Was die Bürgergesellschaft leisten kann**

Die Bürgergesellschaft ist ein Leitbild für die Entwicklung eines entwickelten Landes. Sie gibt Antwort auf die Frage, wohin sich unsere Gesellschaft entwickeln sollte. Dieses Leitbild kann erstens dabei helfen, zentrale gesellschaftliche Probleme mit mehr Aussicht auf Erfolg anzupacken zu können als bisher. Die Regierungen geben immer mehr Geld aus, um bestimmte Probleme zu lösen (bessere Bildung, Arbeit für alle, innere Sicherheit, Gesundheit) und trotzdem erreichen sie diese Ziele nicht auf eine befriedigende Weise. Woran liegt es, und wie kann man das ändern? In Großbritannien wird die These eines Blair-Beraters (Perri 6) diskutiert, die da sagt: Besserung ist nur in Sicht, wenn es gelingt, das Verhalten der Akteure zu ändern, der Arbeits- und der Sozialämter, der Arbeitslosen und der Armen, der Ärzte und der Patienten, der Lehrer, Eltern und der Schüler. Darf eine Regierung das? Perri 6 spricht von *einem Culture-Changing-Government*, fordert eine Politik, die es ausdrücklich darauf anlegt, das Verhalten der Menschen und die soziale Kultur der Gesellschaft zu ändern. Und er nennt eine zweite Voraussetzung, um die Zustände zu verbessern, nämlich die politische Methode zu ändern, nach der in Städten und Gemeinden soziale Probleme gelöst werden. Er plädiert für ein *Holistic Local Government* und meint damit, in Sozialräumen und ganzheitlich zu denken und nicht (nur) in der Perspektive einzelner Behörden, Förderplänen und Zuständigkeiten. Beide Reformstrategien können nur gelingen, wenn die Bürger stärker einbezogen werden; wenn aus Konsumenten möglichst umfassend auch Produzenten sozialer Dienstleistungen werden, die gemeinsam soziales Kapital erwirtschaften; mit einem Satz: wenn sich die lokale Politik vom Leitbild der aktiven Bürgergesellschaft inspirieren lässt. Wir brauchen, zweitens, mehr Bürgergesellschaft, um Menschen jenseits der Erwerbsarbeit an der Gesellschaft teilhaben zu lassen und gesellschaftliche Aufgaben mit sinnvollen Tätigkeiten verbinden zu können. Das hört sich harmlos an, bedeutet aber nichts weniger als einen Paradigmenwechsel: den Abschied von der alten Arbeitsgesellschaft, wie wir sie kennen. Das bedeutet nicht, abzurücken von dem Ziel, möglichst viele Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen. Es bedeutet aber eine Anerkennung der neuen Wirklichkeit, und es bedeutet eine differenziertere Analyse und Politik. Zu differenzieren wären vor allem der Begriff der Arbeitslosigkeit – und die entsprechende Statistik. Beide fassen zusammen, was nicht

zusammen gehört. Unter den Arbeitslosen gibt es wenigstens drei Gruppen. Da sind jene, die ihre bisherige Tätigkeit verloren haben, eine neue suchen und finden werden und in diesem Prozess bis zu drei Monate arbeitslos sind. Das wird künftig für immer mehr Menschen immer normaler werden. Von „Arbeitslosen“ sollte man hier erst gar nicht sprechen. Dann gibt es andere, die bis zu einem Jahr arbeitslos sind, aber hoffen können, durch entsprechende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukommen. Und dann gibt es die wachsende Gruppe jener, die länger als ein Jahr, oft mehrere Jahre arbeitslos sind und bei denen es vor allem darum geht, sie nicht nur zu alimentieren, sondern darüber hinaus ihnen zu helfen, sinnvolle Tätigkeiten und Aufgaben jenseits der traditionellen Erwerbsarbeit zu finden, um zu verhindern, dass sie mit dem Verlust der Erwerbsarbeit ganz aus der Gesellschaft herausfallen.

Damit stellt sich der Bürgergesellschaft eine dritte Aufgabe und Chance: die Spaltung der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung vieler Menschen zu verhindern. Die alte soziale Frage bestand darin, die Ausbeutung der arbeitenden Menschen zu verhindern. Eine Antwort auf diese Frage ist als ein eindrucksvolles Werk zu besichtigen: Tarifautonomie, Betriebsverfassung, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung, Sozialstaat. Die neue soziale Frage besteht darin, die Ausgrenzung der nicht arbeitenden Menschen zu verhindern. Hier steht unsere Gesellschaft noch ganz am Anfang. Die neue soziale Frage wird ihre Antworten in den Städten und Gemeinden finden – oder nicht finden. Bund und Länder können dabei helfen oder hindern. Solidarität im 21. Jahrhundert wird sich daran erweisen, ob ganze Gruppen der Gesellschaft, die scheinbar nicht „gebraucht“ werden, einfach abgeschrieben werden oder nicht.

Die Bürgergesellschaft ist, viertens, notwendig, um soziale Anstalten in sozial lebendige Orte zu verwandeln. In den vergangenen drei Jahrzehnten haben die sozialen und andere Dienste eine durchgängige Professionalisierung erfahren: in Schulen, Krankenhäusern, Altersheimen, Bibliotheken. In diesen Einrichtungen leisten Hauptamtliche professionell gute Arbeit. Gleichzeitig hat sich der Rest der Gesellschaft daran gewöhnt, soziale Probleme an soziale Einrichtungen zu delegieren – und damit oft genug zu entsorgen. Es gibt oft genug in gut ausgestatteten Einrichtungen und hinter finanziell gut „befestigten“ Mauern eine soziale Wüste, die nicht sein müsste. Warum wird nicht an allen staatlichen und auch privaten (Unternehmen!) Einrichtungen je eine kleine soziale Task force eingerichtet, ein Team von drei, vier hauptamtlichen Sozialarbeitern, deren doppelte Aufgabe darin besteht, Freiwillige zu mobilisieren und die Anstalten zu motivieren (und zu beraten), sich für das soziale Engagement Freiwilliger zu öffnen, eine soziale Task force, deren Stärke, Bezahlung und Ansehen sich danach richten (und mehren) könnten, wie erfolgreich sie bei der Aktivierung sozialer Ressourcen in der Gesellschaft ist?

Die Bürgergesellschaft kann schließlich und endlich, wenn sie gelingt, das Leben der Menschen bereichern. Die katholische Caritas und die evangelische Diakonie kannten diese Motivation schon immer, wenn sie die Gläubigen anspornten Gutes zu tun, ... denn Euer Lohn wird groß sein im Himmel. Wer die Bürgergesellschaft auf eine breite Grundlage stellen will, der muss auch innerweltliche Motivationen und Gratifikationen für soziales Engagement als

legitim anerkennen. Der Wiener Psychiater Viktor E. Frankl spricht in einem seiner Bücher vom „Leiden am sinnlosen Leben“, weil viele keine Aufgabe, keinen Menschen, keine Aktivität mehr haben, die über sie selbst hinausweist. Soziale Transzendenz als eine andere Form der Selbstverwirklichung und der Selbstheilung in sozialen Zusammenhängen: das ist gewiss eine neue Perspektive für Alltagssolidaritäten im 21. Jahrhundert. Je besser Menschen mit anderen vernetzt sind, umso weniger anfällig sind sie für soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum, Krankheiten. Wer von seinem Leben noch etwas erwartet und mit anderen noch etwas unternimmt, hat eine längere Lebenserwartung. Leben und Tod hängen (vertikal) auch von der sozialen Leiter ab, auf der sich Menschen befinden, und sie hängen (horizontal) auch von der Qualität der Gemeinschaften ab, deren Teil sie sind. Wer etwas für andere tut, hilft sich damit selbst. Mit einem manichäischen Weltbild, das die soziale Welt einteilt in zwei Lager, in die Kinder des Lichts und in die Kinder der Finsternis, in jene, die sich selbstlos für andere aufopfern, und in jene, die sich egoistisch und hedonistisch selbst verwirklichen, lassen sich die sozialen Ressourcen der Gesellschaft in Zukunft nicht erschließen. Eine sozial aktive Bürgergesellschaft trägt dazu bei, setzt aber auch voraus, Individualismus und soziales Engagement in einem neuen Licht zu sehen; sie lässt sich auch als Einladung verstehen, für sich selbst ein erfülltes Leben zu leben, indem man etwas für andere, für das Gemeinwesen tut.

### **Eine Bürgergesellschaft ohne Bürger?**

Bleibt eine letzte Frage: Wo soll die Bürgergesellschaft herkommen? Setzt sie nicht etwas voraus, was gerade in Frage steht: aktive Bürger nämlich, die sich für das Gemeinwesen interessieren und engagieren? Hier ist unumwunden einzuräumen, dass die Bürgergesellschaft ohne einen idealistischen Vorgriff nicht zu haben ist, nicht als Idee und schon gar nicht als Wirklichkeit. Aber das war bei der „Erfindung“ der Demokratie nicht anders. Eine Demokratie ohne Demokraten, wie soll das gehen, so hat man sich in Deutschland und anderswo bis weit in das 20. Jahrhundert hinein gefragt. Auch die Demokratie lebt von einem idealistischen Vorgriff, von der Annahme nämlich, dass die Menschen politisch zurechnungsfähige Wesen sind, und dass es, vor aller Empirie und Historie, in jedem Falle besser, ziviler und menschlicher ist, eine politische Ordnung auf die Annahme des *common sense*, des *common man* zu gründen als auf die gegenteilige Annahme. Ein historisch-empirisches Scheitern einer Demokratie widerlegt nicht die demokratische Idee.

Ähnliches ließe sich auch über Idee und (spätere) Wirklichkeit der Bürgergesellschaft sagen. Im Jahre 1949 waren die Zweifel groß, ob den Deutschen der zweite Versuch einer Demokratie gelingen werde; sie waren nicht besonders geübt und erfolgreich darin. Heute weiß man es besser. Die Zweifel gelten heute der Frage, ob denn eine Bürgergesellschaft möglich sei. Vielleicht wird man sich im Jahre 2049 zurückerinnern, wenn die Bundesrepublik Deutschland hundert wird, nicht ohne ein gewisses Erstaunen darüber, dass die Wirklichkeit der Bürgergesellschaft in der Mitte des 21. Jahrhunderts besser ist als man an seinem Beginn zu hoffen wagte.